

A – Was Wohlstand schützt

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Marcel Ernst (KV Göttingen)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 601 bis 602 einfügen:

hier eine Transparenzinitiative starten und sicherstellen, dass Hochschulen, Forschungsinstitute und Gründer*innen stärker von diesen Förderinstrumenten profitieren.

Die europäische Raumfahrt ist entscheidend für Europas technologische und strategische Souveränität. Weltraum-Infrastruktur ist längst kritische Infrastruktur, die unverzichtbar etwa für Kommunikation, Navigation, Klima- und Umweltbeobachtung, Krisenmanagement und die gesamtstaatliche Sicherheit ist. Die europäischen Flugschiffprojekte Galileo, Copernicus und in Zukunft auch Iris2 tragen zu europäischer Souveränität entscheidend bei. Europa muss eine führende Rolle in der Raumfahrt übernehmen und braucht einen unabhängigen und günstigen Zugang zum Weltraum. Daher muss die Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie unter dem Grundsatz "New Space" gestärkt werden. Wir unterstützen einen verstärkten europäischen Launcher-Wettbewerb, u.a. mit institutionellen Ankerkundenverträgen und werden neuste technologische Entwicklungen, etwa in der Energieversorgung und der Entsorgung von Weltraumschrott, vorantreiben. Wir bauen das EU-Weltraumprogramm und die Europäische Weltraumorganisation (ESA) finanziell aus, fördern internationale Wissenschafts- und Explorationsmissionen, bringen eine europäische Astronaut*in auf den Mond und beteiligen uns dort auch an einer dauerhaften Präsenz. Um den Weltraum als globales Gemeinschaftsgut für zukünftige Generationen zu erhalten und unsere kritischen Infrastrukturen zu schützen setzen wir uns für international verbindliche Regelwerke ein.

Begründung

Der Antrag knüpft an der Beschlusslage im Bundestags-, Grundsatz- und dem letzten Europawahlprogramm an, aktualisiert diese und ist an das Grundnarrativ des Programms angepasst. In den letzten fünf Jahren hat sich die weiter gestiegene Wichtigkeit des Bereichs Weltraum und Raumfahrt weiter verstärkt, zB Satelliteninternet für Smartphones, Steuerung von Windparks, stärkere Kommerzialisierung.

Insbesondere der Angriff Russlands auf die Ukraine hat gezeigt, dass Europa eine souveräne Raumfahrt benötigt: Um ukrainische Kommunikation zu unterbrechen haben russische Streitkräfte Viasat Satelliten gehackt. Dies hatte auch Auswirkungen auf Europa: Tausende Windräder in Norddeutschland konnten nicht mehr gesteuert werden, da sie die gleichen Sattelitenverbindungen nutzten. Das zeigt auf, wie abhängig verschiedene europäische Infrastruktur, inklusive der Energieversorgung von der Raumfahrt ist und wie wichtig es ist, sie sicher aufzustellen. Die ukrainische Verteidigung ist derzeit extrem auf Starlink als Kommunikation angewiesen. Es gibt aber mehrere Berichte, dass Elon Musk, der Besitzer von SpaceX, diese Verbindung eigenmächtig gekappt hat, da er Entwicklungen des Krieges persönlich für falsch erachtet hat. Dies hat möglicherweise die Verteidigungshandlungen der Ukraine beeinflusst. Es darf nicht sein, dass staatliches Handeln, in welcher Form auch immer, derart abhängig von privaten Einzelakteuren ist.

Zudem haben wir im Bund eine neue Rolle in der Regierung und stellen den für Raumfahrt zuständige Minister sowie die Raumfahrtkoordinatorin, dem trägt der Antrag Rechnung.

Weitere Infos zur Relevanz der Raumfahrt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt: "Wie würde ein Tag ohne Raumfahrt aussehen?": https://www.dlr.de/next/desktopdefault.aspx/tabid-6668/10935_read-24891/ oder https://www.youtube.com/watch?v=8_2MBqv0Ty0.

weitere Antragsteller*innen

Niklas Hendrik Nienaaß (KV Rostock); Chantal Kopf (KV Freiburg); Rafael Mentges (KV Freiburg); Anna Christmann (KV Stuttgart); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Alexander König (KV München); Stella Schübel (KV Aachen); Tim Schlößer (KV Aachen); Marie Christine Heidenreich (KV Rostock); Johannes Bade (KV Dachau); Theresia Bauer (KV Heidelberg); Sebastian André Grässer (KV Ettlingen); Michael Merkel (KV Bochum); Jan Meißner (KV Düren); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Alexander Link (KV Heidelberg); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); sowie 52 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.